

Energie

Kampf gegen hohe Energiepreise

EU-Kommission unterbreitet Vorschläge

BRÜSSEL -- Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten am Mittwoch zahlreiche Maßnahmen gegen die deutlich gestiegenen Energiepreise vorgeschlagen. Energiekommissarin Kadri Simson sagte in Brüssel, die Staaten könnten einkommensschwachen Haushalten etwa Gutscheine ausstellen oder gezielt Steuersätze senken. Auch für Unternehmen seien staatliche Hilfen und gezielte Steuersenkungen möglich. Dies könne finanziell aus den gestiegenen Einnahmen des europäischen Emissionshandels unterstützt werden.

Die Rolle von Verbrauchern im Energiemarkt könne gestärkt werden, indem sie ermuntert werden, Anbieter zu wählen und zu wechseln, ihren eigenen Strom herzustellen oder Energiegemeinschaften beizutreten, sagte Simson weiter. Sie betonte jedoch, dass die einzelnen Mitgliedstaaten nicht „genau den gleichen Energiemix oder identische soziale Lagen haben. Daher müssen auch die Maßnahmen der Mitgliedstaaten spezifisch sein.“

Mittelfristig werde die EU-Kommission Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz verstärken, kündigte Simson an. Zudem müssten die Mitgliedsländer Energiespeicherkapazitäten entwickeln.

Über längerfristige Lösungen wollen die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem nächsten Gipfel am 21. und 22. Oktober beraten. Vergangene Woche hatten mehrere Euro-Länder ein gemeinsames Vorgehen gefordert. Spanien spricht sich ähnlich wie bei Impfstoffen für gemeinsame Gas-Einkäufe und eine strategische EU-Reserve aus. Durch eine gestiegene Nachfrage seit den Lockerungen von Corona-Maßnahmen und die vergleichsweise niedrigen Füllstände der Gasspeicher in der EU sind vor allem die Gaspreise zuletzt deutlich gestiegen.

Zur Mitteilung der EU-Kommission zu den Energiepreisen erklärte Markus Pieper (CDU), parlamentarischer

Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Energieausschuss: „Es ist richtig, dass die Kommission die steigenden Energiepreise in Europa aufgreift und dabei dem Ruf aus den Mitgliedstaaten nach sofortigen Marktinterventionen widersteht. Die hohen Energiepreise in Europa sind zunächst größtenteils durch die massive Steuer- und Abgabelast auf Energie in den Mitgliedstaaten verursacht. Die wirtschaftliche Erholung nach Corona ist nun ein zusätzlicher Nachfrageimpuls, der die Staatsquote der Energiepreise wie im Brennglas zeigt. Jeder einzelne Mitgliedstaat ist in der Pflicht, zunächst die eigenen Rahmenbedingungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu handeln, aber ohne den EU-Binnenmarkt dabei zu verzerren. Der gemeinsame Energiebinnenmarkt ist Teil der Lösung, nicht des Problems.“ Kurzfristige Lösungen für die steigenden Preise gebe es nicht.

Bloss (Grüne): Preisschock ist Resultat fahrlässiger Politik

Michael Bloss, Berichterstatter für den EU-Emissionshandel und klimapolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament sagte: „Dieser Preisschock kam mit Ansage und ist ein Ergebnis einer fahrlässigen Energiepolitik, die mit Milliardenprojekten auf Kohle und Gas gesetzt hat.“ Allen voran Deutschland habe mit Nord Stream 2 die EU erpressbar gemacht und parallel blockierten immer wieder CDU und CSU im EU-Parlament den Ausbau von Sonnen- und Windkraft. Wer sich einseitig auf russisches Gas verlasse und den Ausbau der Erneuerbaren ausbremse, spiele mit dem Feuer. „Wir müssen jetzt zweigleisig fahren, um rasch die Energiearmut zu lindern und uns mit den Erneuerbaren Energien unabhängig vom Politikpoker Russlands zu machen.“

Es sei gut, dass die Kommission Direkthilfen für einkommens-

schwache Haushalte und Betriebe vorschläge. Gleichzeitig aber wolle die EU-Kommission den Geldhahn für neue Gas-Projekte öffnen. „Das lässt uns direkt in eine neue Gasfalle tappen und schafft lediglich neue Investitionsruinen. Die Gelder werden bei den Erneuerbaren dringend gebraucht. Bis 2040 müssen wir in der EU auf 100 Prozent Erneuerbare Energien kommen.“

VCI: Werkzeuge der Kommission sind wenig wirksam

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hält den von der Europäischen Kommission vorgestellten „Werkzeugkasten“ zur Eindämmung hoher Energiepreise für wenig wirksam in Bezug auf die Industrie. Die Mitteilung der Kommission sehe sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut vor, die Lage energieintensiver Unternehmen verbessere sich dagegen kaum.

VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup sagte: „Die deutsche Industrie erlebt gerade einen beispiellosen Preisschock für Gas und Strom. Auf diese Lage bleibt Brüssel eine Antwort schuldig. Die Idee, die Belastungen über eine Reduktion der Abgaben auf Energie zu senken, ist gut. Allerdings wird es zum Nullsummenspiel: Denn die Kommission sätelt an anderer Stelle wieder drauf. So lässt sich die dramatische Lage vor allem für den Mittelstand nicht entschärfen.“

Als Beispiele, wie der neue Werkzeugkasten durch andere Maßnahmen konterkariert wird, nannte Große Entrup die Pläne für neue Beihilfeleitlinien für Umwelt, Klima und Energie und die neue Energiesteuerrichtlinie. Beide würden dazu führen, dass nötige Entlastungen für die Industrie stark zurückgefahren werden und so den Energiepreisschock noch verschlimmern.

MBI/DJN/cdg/13.10.2021